Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 16	Berlin, den 15. August 1937	18. Jahrgang

Nicht Leidenschaft, sondern Vernunft . . . !

General Gorecki: „Ich dachte an das Gebot, das der verblichene Marschall stets vor Augen hatte, wenn er vor irgendeinem politischen Entschluß stand, nämlich, daß nicht Leidenschaft, sondern Vernunft für das Geschick der Völker und ihre gegenseitigen Beziehungen entscheidend sein muß. So war die Wirklichkeit Pilsudskis. Euer großer Führer läßt sich in seiner Arbeit von demselben Gebot leiten."

Wenn beim Frontkämpfertreffen in Berlin ein solches Wort aus dem Munde eines polnischen Soldaten vom Format des Generals Gorecki gefallen ist, so ist das gerade jetzt, da das deutsch-polnische Verhältnis durch den neu entbrannten Vernichtungskampf gegen das Deutschtum drüben einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt ist, so ernst und gewichtig wie nur irgend möglich zu nehmen. Ehe der kritische Tag des 15. Juli anbrach, der Tag des Erlöschens der Genfer Konvention, schon Monate vorher, ist in Polen eine Flut von Entstellungen, Verunglimpfungen, Schikanen und Verfolgungen über alles, was sich zum Deutschtum bekennt, hinweggegangen. Gleichzeitig erschienen Berichte über die Lage des polnischen Volkssplitters in Deutschland, in denen mit allen jenen faustdicken Lügen und Verdrehungen gearbeitet wurde, die von uns wiederholt festgenagelt und durch die nüchterne Sprache der Tatsachen widerlegt worden sind. Die polnische nationale Leidenschaft war entfesselt, wie schon lange nicht, das Gebot der Vernunft mißachtet und mit Füßen getreten. Dem aufmerksamen Beobachter konnte dabei nicht entgehen, daß in dieser Entfesselung der antideutschen Gefühle System und Absicht lag. Und die Welle der Agitation war denn auch von einer Reihe wohlberechneter Maßnahmen des Staates und der Selbstverwaltung begleitet, die sich auf eine weitere Einschränkung der elementarsten völkischen und kulturellen Lebensrechte der deutschen Volksgruppe im abgetrennten Teil Oberschlesiens und im übrigen Polen bezogen.

Wie ganz anders, wirklich von der Vernunft eines politisch weitsichtigen Denkens diktiert, mutet dagegen die beherrschte, sich nur auf die notwendigste Abwehr beschränkende Haltung an, mit der von deutscher Seite darauf reagiert wurde. Die Hand zur Verständigung blieb immer noch ausgestreckt. Mehr noch: eine großherzige Geste wurde gemacht, indem den Polen das Pilsudski-Haus in Magdeburg geschenkt wurde, das Haus, in dem der Schöpfer und Lenker des neuen polnischen Staates im Weltkriege vorübergehend interniert war.

Die Frage entsteht, wie sich dieses gänzlich verschiedenartige Verhalten von deutscher und polnischer Seite erklärt. Darauf ist zunächst zu antworten, daß hier zwei in jeder Hinsicht grundverschiedene Staatsgebilde und Völker einander gegenüberstehen. Deutschland ist ein geschlossener, in sich festgefügter Staat, dessen Großmachtstellung niemand anzweifelt, und in dem ein einziger Mann entscheidet. Polen fehlt diese Geschlossenheit, räumlich — denn die Teilgebiete sind immer noch nicht zusammengewachsen,

ethnographisch — denn ein Drittel seiner Bevölkerung sind Nichtpolen, innenpolitisch — denn die leitenden Staatsmänner sind heute mehr denn je in Sorge darum, einen Ausgleich mit den mächtigen und einflußreichen Oppositionsgruppen im Lande herbeizuführen. Polens Geltung als Großmacht, von Deutschland durch Erhebung der Gesandschaft zur Botschaft anerkannt, ist immer wieder in Frage gestellt. Und der starke Mann, dessen Wort und Willen gilt, fehlt nach dem Tode des Marschalls Pilsudski, mit dem Deutschland vor drei Jahren das deutsch-polnische Abkommen geschlossen hat in der Hoffnung, daß sich daraus eine freundschaftliche deutsch-polnische Zusammenarbeit entwickeln werde. Und selbst der verstorbene Marschall hatte in Polen niemals eine Stellung inne, die auch nur annähernd zu vergleichen wäre mit der des Führers, hatte nicht diese selbstverständliche Gefolgschaft der ganzen Nation in allen lebenswichtigen Belangen hinter sich.

Was folgt daraus? Für Polen vor allem, daß Deutschland ein zuverlässiger Vertragspartner ist, dessen unmißverständlich erklärter Wille volles Gewicht hat. Polen bleibt aber für Deutschland, wenn auch kein unbedingt unzuverlässiger Partner, so doch immer einer, demgegenüber sich immer wieder viele und gewichtige Fragezeichen erheben. Deutschland ist überzeugt, daß die wohlverstandene Staatsraison es Polen gebieten wird, im eigenen Interesse den Weg weiterzugehen, den Pilsudski betreten hat, der nur zu gut wußte, daß die Gefahr für den Bestand des polnischen Staates vom bolschewistischen Rußland droht. Man müßte meinen, daß nun Deutschland allen Anlaß hätte, Polen dauernd zu beargwöhnen. Genau das Umgekehrte ist der Fall: die Mißdeutungen, Verdrehungen und Anfeindungen von polnischer Seite nehmen kein Ende, während Deutschland nur nüchtern beobachtet, abwehrt und entschlossen und handelnd seinen Weg geht.

Das wird nur verständlich, wenn auch die Unterschiede in der Mentalität der beiden Völker in Betracht gezogen werden. Deutschland ist ein Soldatenvolk mit alten Traditionen, im Weltringen der Jahre 1914—1918 geprüft und gestählt, durch die tiefen Leiden der Kriegs- und Nachkriegszeit politisch gereift und heute bis in seine untersten Glieder ein Volk mit wachem, auf große Ziele gerichtetem völkischen und politischen Willen. Das Wort des polnischen Frontkämpfers Gorecki steht über dem ganzen deutschen Volk als Richtschnur seines Denkens und Handelns. Ganz anders ist die Mentalität des polnischen Volkes. Aus der Zeit der Unfreiheit hat der Pole ein waches, überempfindliches völkisches Bewußtsein. Hat das Polentum aber auch schon in seiner großen Masse gelernt, staatlich zu denken? Diese Frage ist glatt zu verneinen. Eine üble Erbschaft hat Polen in dieser Hinsicht ja schon aus der Zeit vor der Teilung übernommen. Egoistische politische Maßlosigkeit und Zügellosigkeit waren damals Trumpf. Die einzigartig glücklichen Umstände, unter denen Polen seine Eigenstaatlichkeit wiedergewann, waren ein Auftrieb für die völkische Leidenschaft, aber keine Gelegenheit zur Vertiefung und Ausreifung staatlichen Denkens und Fühlens. Die Zahl der Frontkämpfer des Weltkrieges ist in Polen gering, und auch die Zahl derjenigen, die bei und kurz nach der Wiedererstehung Polens geopfert und geblutet haben. Pilsudski und einige andere führende Politiker sowie die führende Schicht des polnischen Militärs denken nüchtern und sachlich. Das Volk aber kennt nur das Parteiinteresse und das völkische Interesse und stellt es über das Staatsinteresse. Wie oft hat Pilsudski zu seinen Lebzeiten diese Einstellung mit den schärfsten Worten gegeißelt! Und sie muß ja auf die Dauer auch zu ernster Schädigung und Unterhöhlung des polnischen Staates führen, wenn es den verantwortlichen Männern in der Staatsführung nicht gelingt, das Steuer herumzuwerfen, einen nachhaltigen erzieherischen Einfluß auf diese staatsgefährliche Grundhaltung des polnischen Menschen auszuüben.

Das geht aber nur, wenn die staatliche Politik nicht auch im Fahrwasser der zügellosen nationalen Leidenschaften des Volkes segelt. Der Staat kann nicht eine Einstellung des Volkes nachhaltig beeinflussen, die ihm verhängnisvoll werden muß, wenn er gleichzeitig durch eine ununterbrochene Kette von Maßnahmen, die auf die Unterdrückung der Angehörigen anderen Volkstums in seinen Grenzen abzielen, selbst diese übersteigerte, den staatlichen Belangen abträgliche, volksgruppenfeindliche Haltung bekundet.

Hier liegt nach wie vor der Angelpunkt für die Fortentwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Es gibt angesehene, wenn auch oberflächlich als Außenseiter abgetane polnische Politiker, die das mit nüchternen Augen erkennen und immer wieder mahnend ihre Stimme erheben. In der vorigen Nummer des „Ostland" war von einem solchen „Außenseiter mit Zivilcourage" die Rede. Zu Cat-Mackiewicz gesellt sich jetzt der ständige Mitarbeiter des Wilnaer „Slowo" Wladyslaw Studnicki. „Im Laufe der 20 Jahre unserer Eigenstaatlichkeit", schreibt Studnicki u. a., „gelang es uns nicht, eine folgerichtige und verständige Politik gegenüber den verschiedenen nationalen Minderheiten zu führen. . . Die Deutschen vermögen eine wichtige Rolle bei der Entjudung Polens zu spielen. . . Bei einem Zusammenarbeiten der Polen und Deutschen könnte eine Verringerung des jüdischen — und eine Erweiterung des polnischen Besitzstandes eintreten."

Studnicki nimmt dann gegen die bekannten Polonisierungsversuche des Renegaten Bursche gegenüber der evangelisch-augsburgischen Kirche in Mittelpolen (vgl. hierzu die wiederholten Beiträge im „Ostland") und gegen die ähnlichen Maßnahmen gegenüber der evangelisch-unierten Kirche in Oberschlesien Stellung. Vom Lodzer Deutschtum, das von den Manövern Bursches besonders betroffen ist, schreibt Studnicki: „Der Lodzer Deutsche vermag dem Staate gegenüber ganz loyal eingestellt zu sein, aber schon allein der Gedanke, daß ihm ein evangelisch-augsburgischer Geistlicher aufgezwungen werden konnte, der statt deutscher polnische Gottesdienste abhält — ruft in ihm Unwillen und Gereiztheit hervor, denn seine Gefühle beim Beten sind an das „Vater Unser" und nicht an das ‚Ojcze nasz' gebunden." Und zum Fall der oberschlesischen unierten Kirche heißt es in dieser Polemik: „Zu viel Eifer, zu wenig politische Klugheit. Das deutsche Element in Schlesien kann, wenn es nicht in seinen völkischen Gefühlen verletzt wird, . . . das Fortbestehen gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Polen und Deutschland erleichtern. Eine nationale Minderheit, die sich an der Grenze des Staates befindet, zu dem sie in völkischer Hinsicht gehört, kann ein irredentistischer Faktor sein, sie kann jedoch auch zur politischen Annäherung der beiden Staaten beitragen. Letztere Rolle spielten lange Zeit hindurch die Balten-Deutschen, bis der stumpfe und dumme Alexander III. seine Russifizierungspolitik gegen sie einleitete. Wir wissen aus Erfahrung, daß das Aufzwängen der Staatssprache in Schule und Amt keinesfalls Verbundenheit mit dem Staate hervorruft."

Außer Studnicki hat jetzt Cat-Mackiewicz noch einmal und, wenn möglich, noch eindringlicher im Wilnaer „Slowo" einen Appell an die polnische Vernunft gerichtet. Mackiewicz, der die Linie Berlin-Warschau mit Recht als eine außenpolitische Schlüsselstellung für Polen ansieht, schreibt u. a. folgendes: „Der Grundstein der Politik Oberst Becks liegt in der friedlichen Verständigung mit Deutschland. Schon im dritten Jahr zeigt diese Politik die besten Erfolge. . . Die Stimme Polens hat nunmehr in den europäischen Beziehungen den gleichen Klang wie die Stimme der Großmächte. Kann man aber auf weite Sicht eine Außenpolitik gegen die eigene öffentliche Meinung führen? Kann man sich einen Zustand denken, in welchem der Außenminister sagt: die Außenpolitik, das ist mein Geheimnis, ich führe sie auf eigene Faust, und es stört mich keineswegs, daß der Sejm, daß die Herren Wojewoden und die Presse eine andere Politik führen? . . . Ist ein solcher Zustand glücklich für den Staat, weckt er Vertrauen in die Beständigkeit unserer Außenpolitik?" Und weiter. „Zu all diesen Fragen werde ich durch die letzten Manifestationen im Parlament und in der polnischen Presse gedrängt. Die oberschlesische Konvention ist kaum erloschen und schon hat die „Naprawa"-Gruppe im Sejm die Gelegenheit wahrgenommen, um deutschfeindliche Kundgebungen vom Stapel zu lassen. . . Das Hauptorgan dieser Gruppe ist die „Polska Zachodnia", das Sprachrohr Grazynskis."

„Die Parolen der Naprawa-Gruppe werden von der jüdischen Publizistik übernommen und von den Journalisten, die Halb- oder Vierteljuden sind. Die beiden letzten Kategorien fürchten und hassen Adolf Hitler mehr als die Volljuden. . . Diese Gruppe

kann in der Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen *nicht objektiv* sein. . . Aus diesem Grund müßten wir heute ihre Stimmen bei der Beurteilung der deutsch-polnischen Beziehungen vollständig ausschalten. *Die Politik des polnischen Staates . . . kann nicht die internationalen Interessen des Judentums berücksichtigen.*" Hier hätte Mackiewicz vielleicht noch sagen sollen, daß diese Stimmen wie eine Verhöhnung des polnischen Staates wirken zu einer Zeit, da *das internationale Judentum gerade einen Großangriff auf den polnischen Staat begonnen hat.*

Mackiewicz fährt dann fort: „Zu den Stimmen der Naprawa-Gruppe und der jüdischen Publizistik kommt dann noch die Stimme *aller internationalen Organisationen, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus irgendwie engagiert sind. . .* Dies alles hat weder mittelbar noch unmittelbar etwas mit den Interessen des polnischen Staates zu tun. Und trotzdem wirkt sich der eingeschaltete *Propagandastrom dieser internationalen Organisationen auch* in Polen aus."

Während also in Deutschland die Presse in Uebereinstimmung mit dem deutsch-polnischen Pakt unermüdlich an einer gerechten Beurteilung des polnischen Nachbarn durch das deutsche Volk arbeitet, um *den Boden für eine fortschreitende und womöglich bleibende Verständigung vorzubereiten*, ist in Polen, dessen Volk, wie oben ausgeführt wurde, so sehr der Erziehung zum staatlichen Denken bedarf, nicht nur ein großer Teil der polnischen Presse mit ihren Haß- und Verleumdungsergüssen auf das Deutschtum hüben und drüben losgelassen, *sondern auch Juden, Freimaurer und Genossen dürfen dort ihr Gift gegen das Dritte Reich verspritzen.*

Erstaunlich fast, daß bei alledem *aus dem Lager der deutschen Volksgruppe* drüben Stimmen laut werden, die sich trotz des ungeheuer schwer auf dem deutsch-polnischen Verhältnis lastenden Druckes *für ein fruchtbares deutsch-polnisches Zusammenleben* einsetzen. Die Worte, die Dr. Hans *Kohnert* als Vertreter der deutschen Volksgruppe in Polen auf dem diesjährigen *Nationalitätenkongreß in London* sprach, sind hierfür bezeichnend: „Seit Beendigung des Weltkrieges sind nunmehr fast zwanzig Jahre verstrichen, die Europa in einer neuen Ordnung seiner Staatsgrenzen durchlebte. Diese Neuordnung Europas hat das Minderheitenproblem in seiner heutigen Form erst entstehen lassen. Die Volksgruppen blicken nunmehr also auf eine fast zwanzigjährige Erfahrung unter diesen neugeschaffenen Verhältnissen zurück. . . *Sie haben in diesem Zeitraum außerordentliche Verluste ideeller und materieller Natur ertragen müssen, ohne daß es zu Auflehnungen gegen die Staatsgewalt oder zu Gewaltakten gekommen ist. Wir glauben, daß dies der schlagendste Beweis für unseren festen Willen einer friedlichen Lösung der Minderheitenfrage ist.*"

Aus den zahlreichen sonstigen deutschen Aeußerungen seien hier noch ein paar Worte aus einem Blatt der *deutschen Volksgruppe in Lodz*, „Der Deutsche Weg", wiedergegeben, weil darin von der *national überspannten, staatlich unreifen Denkart des Polen* die Rede ist. Es wird zunächst ausgeführt, wie die unermüdliche *Tätigkeit der deutschen Presse* in den letzten Jahren dazu beigetragen hat, daß in Deutschland der Boden nicht nur für eine Verständigung von Staat zu Staat, sondern auch für eine dauernde Freundschaft vorbereitet wurde. „In Polen ging diese Entwicklung leider einen anderen Weg. Wohl gilt auch für hier, daß man sich verschiedentlich bemühte, auf den verschiedensten Gebieten Verbindungen herzustellen — aber im großen und ganzen blieben diese anerkennenswerten Beziehungen doch immer nur *auf kleine Kreise beschränkt. Der einfache polnische Mensch . . . ist in der Abneigung gegen alles Deutsche aufgewachsen und erzogen worden, und er hat sie auch bis heute noch nicht überwunden. . .* Selbstverständlich kann man nun nicht diesen einfachen polnischen Bauern oder Arbeiter dafür verantwortlich machen. *Die Schuld trifft hier ausschließlich die Stellen, die für seine Aufklärung hätten sorgen sollen,* und das ist vor allem die *polnische Presse.* Ihr wäre die Aufgabe zugefallen — wie der deutschen Presse im Reich — das erste und wesentlichste zu tun, nämlich: das Volk aufzuklären. Das hieße, sich für ein von der Regierung

gestecktes Ziel einzusetzen und die Arbeit und den Bau am Fundament beginnen. Dieses Verständnis für die deutsche Eigenart und die Achtung vor dem großen und umwälzenden Geschehen im deutschen Volk wäre auch hier der Grundstein gewesen für eine fruchtbare Verständigung von Volk zu Volk."

Mackiewicz hat den Mut, offen auszusprechen, wohin die dauernde Vergewaltigung des Deutschtums drüben führen könnte, und es braucht seinen Worten nichts hinzugesetzt zu werden: „Durch Tatsachen kann man beweisen", so schließt er seine Ausführungen im Wilnaer „Slowo", „daß die friedlichen Beziehungen zu Deutschland und das Ablassen von den Methoden der gegenseitigen Schikanen, der Kämpfe und der Sticheleien sowohl Deutschland wie Polen zugute gekommen sind. Wir haben die Freiheit der außenpolitischen Bewegungen und freie Hände erhalten, wir sind aus der Situation eines „durch den Krieg geschwächten Staates" herausgekommen und zu einer Stimme Europas gelangt, die gehört wird. Sollte das polnische Volk denn wirklich jeder politischen Vernunft bar sein und zulassen, daß dieser Trumpf der polnischen Politik wieder entrissen wird?"

Polens Innenpolitik immer noch im Nebel

Die Autorität und Macht des Marschalls Pilsudski selbst war es, die das von ihm durch aufsehenerregende Wahlmethoden geschaffene Regierungslager, den „Unparteiischen Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung", bis zu seinem Tode aufrechterhielt und dem Kurs der polnischen Innenpolitik eine gewisse Stetigkeit verlieh. Pilsudski war aber nicht konsequent genug, den demokratischen Mantel, der immer noch das autoritäre System verhüllte, ganz fallenzulassen. Mag sein, daß seine Herkunft von links ihn daran hinderte, wichtiger waren aber außenpolitische Rücksichten, die Furcht, in der Welt der westlichen Demokratien, vor allem des Bundesgenossen Frankreich, als faschistisch oder ähnlich verschrien zu werden.

Mit dem Tode des Marschalls zeigte es sich, wie sehr das Regierungslager abgewirtschaftet hatte, wie wenig Anhang es noch im Lande hatte. Die Opposition von rechts und links war zu mächtig geworden, um übersehen, mundtot gemacht und ausgeschaltet zu werden. Ein Rückfall in die alten unseligen demokratisch-parlamentarischen Methoden, formalrechtlich wohl immer noch möglich, wäre dem Lande verhängnisvoll geworden. Andere Wege mußten gefunden werden, um die aufbauwilligen Kräfte im Lande, vor allem die Jugend, aus der jetzt gerade eine starke Führerschicht herangewachsen war, zur Mitarbeit in der Regierung heranzuziehen, unter der Hand gewissermaßen die Regierungsfront unauffällig und unter Wahrung einer gewissen Kontinuität in der Innenpolitik der neuen Kräftekonstellation anzupassen. Um der Gefahr einer Redemokratisierung vorzubeugen, waren die Vollmachten des Staatspräsidenten erheblich erweitert worden. Ein Mann aus den Reihen der engsten Mitarbeiter und Vertrauten Pilsudskis, der General Rydz-Smigly, erhielt die neue Marschallwürde. Dieser Mann mit der „eisernen, harten und rücksichtslosen Hand", der die Tugenden eines Soldaten von Format mit den Fähigkeiten eines klug abwägenden Staatsmannes vereinigt, und hinter dem die Armee steht, hat das Vermächtnis Pilsudskis übernommen und bestimmt seitdem die Kursrichtung der polnischen Innenpolitik. Ihm zur Seite steht der einflußreiche Außenminister Oberst Beck, auch ein Mann aus dem kleinen Kreis der engsten Mitarbeiter Pilsudskis. Wo der ausgleichende und repräsentative Einfluß des erfahrenen und durch seine erweiterten Vollmachten gestärkten Staatspräsidenten den Bestrebungen Rydz-Smiglys von Nutzen sein kann, wird Moscicki sicherlich immer zu Sekundantendiensten bereit sein.

Im Auftrage von Rydz-Smigly ist im Februar dieses Jahres der Oberst Koc mit dem Programm eines „Lagers der nationalen Einigung" hervorgetreten. Das Lager ist gewissermaßen als Puffer zwischen die Regierung, das bisherige Regierungslager und die Oppositionsgruppen im Lande dazwischengeschaltet. Um die Rolle einer zeitweilig alle Spannungen auffangenden Institution besser erfüllen zu

können, distanzierte es sich ausdrücklich von dem bisherigen Regierungslager, dem Unparteilichen Regierungsblock. Das neue Einigungslager sollte alle aufbauwilligen nationalgesinnten Kräfte, vor allem die Jugend, um die Regierung sammeln. Richtig wurde erkannt, daß es sich bei den weit auseinanderklaffenden Programmen der Opposition, die es zu gewinnen galt, in erster Linie um eine Organisations- und Personenfrage und erst in zweiter Linie um die Frage eines Einigungsprogramms handelt. Die Schachzüge zur Erreichung des gesteckten Zieles gehen also in der Hauptsache hinter den Kulissen vor sich. Das ist auch der Grund, warum es so schwer ist zu beurteilen, wie die Dinge liegen, wie weit die Bemühungen des „Lagers der nationalen Einigung" schon gediehen sind, und warum alle programmatischen Erklärungen immer reichlich verschwommen sind — will man doch eine möglichst breite, tragfähige Front bilden, auf die sich die Regierung stützen kann.

Seit den drei bedeutsamen Kundgebungen im Juni: Der Tagung des „Zarzewie"-Verbandes in Lemberg, der Warschauer Tagung des „Verbandes Junges Dorf" und der Gründung des Verbandes „Das Junge Polen" (vgl. dazu den Aufsatz: „Regierung und Jugend in Polen" in „Ostland" Nr. 14 vom 15. Juli) war es um das Lager des Obersten Koc stiller geworden. Nach dem mißglückten, bis heute noch nicht aufgeklärten Attentat auf den Obersten Koc war eine gewisse Unsicherheit unverkennbar, hatten doch manche Zeitungen daraus weitgehende politische Schlüsse gezogen, in Andeutungen davon gesprochen, daß der Schatten des aus den Kreisen der nationalistischen Opposition hervorgegangenen Mörders des ersten polnischen Staatspräsidenten Narutowicz sich wieder über dem Lande erhoben habe.

Immerhin ist durch eine Reihe von Vorgängen der letzten Zeit immer deutlicher geworden, wohin Oberst Koc mit seinem Lager der nationalen Einigung (in Polen meist kurz OZN-Lager genannt, nach den polnischen Anfangsbuchstaben dieser Organisation) steuert.

Eine fortschreitende Annäherung an die Konservativen ist unverkennbar. Insbesondere hat die Wahl Rutkowskis, der den Kreisen der katholisch-nationalen Jungakademiker angehört, zum Unterführer der neugeschaffenen Jugendorganisation des OZN-Lagers (die Oberführung des Verbandes „Das Junge Polen" hat Koc selbst inne) und die Tatsache, daß Koc in einem Konflikt mit dem Landwirtschaftsminister Poniatowski, der wegen seiner radikal-reformerischen Agrarpläne bei den Großgrundbesitzern verhaßt ist, ausdrücklich gegen Poniatowski Stellung genommen hat, in den Kreisen der Konservativen Befriedigung ausgelöst und zu einer immer vorbehaltloseren Unterstützung der Bestrebungen des Lagers der nationalen Einigung geführt.

Der Konflikt mit dem Fürsterzbischof von Krakau, Sapieha, der den Sarg Pilsudskis eigenmächtig aus der Wawel-Gruft entfernen ließ, wurde ganz allgemein innenpolitisch gewertet und als ein Versuch angesehen, das Lager von seinem ursprünglichen, entschieden katholisch-kirchlichen Kurs abzudrängen. Bezeichnend ist, daß es dem Außenminister Beck, der als eine der Hauptstützen des Koc-Lagers angesehen werden kann und zu den wenigen Vertrauten und engsten Mitarbeitern Pilsudskis gehörte, gelungen ist, durch Vermittlung des Päpstlichen Nuntius ein Kompromiß zustandezubringen, das der kirchenfeindlichen Agitation im Lande bald ein Ende bereitete, ein Kompromiß, das zugleich die politische Schwäche der Regierung offenbarte.

Die Werbung um die Jugend schien anfangs gegenüber den nationalistischen Jugendgruppen der Rechtsopposition erfolglos, während die beinahe radikal-sozialen Organisationen der Bauernjugend sich schon eher zur Zusammenarbeit mit dem Lager der nationalen Einigung bereitfanden. Als der Marschall Rydz-Smigly im Mai an einem feierlichen Kommers einiger angesehener studentischer Korporationen teilnahm, war man im OZN-Lager enttäuscht, aus den Kreisen der nationalistischen Organisationen der Studentenschaft zu vernehmen, daß die Gefolgschaftstreue nur dem Heerführer Rydz-Smigly gelte, nicht aber dem Politiker dieses Namens. Um so auffälliger ist es, daß am Vortage des historischen 6. August, an dem alljährlich die Legionärstagung stattfindet, eine Abordnung der Warschauer Korporation Arconia vom Marschall Rydz-Smigly empfangen wurde, die erschienen war, um ihm für die Ehre seines Besuches zum Festkommers der Korporation zu danken. Der Besuch, der

45 Minuten dauerte, wird in unterrichteten Kreisen ganz allgemein als ein politisches Ereignis gewertet.

Wie lebhaft von seiten des im Auftrag von Rydz-Smigly handelnden OZN-Lagers gerade um die Rechtsopposition geworben wird, hat sich bei Gelegenheit des Erscheinens der ersten Nummer der Jugendzeitschrift des Lagers der nationalen Einigung gezeigt. „Jung-Polen", wie sich diese Zeitschrift nennt, ist ein Organ des vom OZN-Lager ins Leben gerufenen Verbandes „Das Junge Polen", der ein Sammelbecken für die gesamte zur Mitarbeit mit dem Lager der nationalen Einigung bereite Jugend sein soll. Zum Geleit sind dieser ersten programmatischen Nummer der neuen Jugendzeitschrift von Adam Koc, dem Chef des OZN-Lagers und gleichzeitigen Führer des Verbandes „Das Junge Polen" ein paar Worte mitgegeben, die im Vergleich zu der Verschwommenheit aller vorherigen Erklärungen bereits eine deutliche Frontenbildung erkennen lassen. Koc spricht zunächst von dem Vermächtnis des verstorbenen Marschall Pilsudski und fährt dann wörtlich fort: „Ueberlebte Formen und opportunistische Gewohnheiten stehen im Wege, versuchen der Kristallisierung und Gruppierung der volklich-staatlichen Kräfte entgegenzuwirken, auf der anderen Seite die Barrikaden derjenigen aus den Reihen der Volksfrontanhänger". Mit Recht hat man gesagt, daß diese Geleitworte „geradezu wie ein Aufruf zur gemeinsamen Frontbildung von Regierungsanhängern und Rechtsopposition gegen die Linke" wirken. In dieser ersten Nummer der Zeitschrift „Jung-Polen" behandelt dann noch der schon in anderem Zusammenhang genannte Rutkowski — der übrigens der Leiter eines ersten Führerlagerkurses des Verbandes „Das Junge Polen" war und die neuen Unterführer sämtlich aus den Reihen der Teilnehmer an diesem Führerlager ernannte — den Gegensatz zwischen der Leistung Pilsudskis und den Theorien seines nationalistischen Gegners Dmowski als eine nur noch historische Angelegenheit. Das junge Polen kann nach Rutkowskis Ansicht sowohl an Pilsudski wie an Dmowski anknüpfen.

Es war zu erwarten, daß die politischen Kräfte, denen damit so deutlich der Kampf angesagt war, sich zu einem Gegenstoß aufraffen würden. Deswegen stand die Legionärstagung, die alljährlich im August zur Erinnerung an den Ausmarsch der ersten Pilsudskistischen Legionärsformationen im August 1914 stattfindet und diesmal in Krakau veranstaltet wurde, im Zeichen äußerster innerpolitischer Anspannung. Vielfach wurde befürchtet, daß es auf der Tagung selbst zu Auseinandersetzungen kommen werde. Trotzdem war seltsamerweise die Ansicht sehr verbreitet, daß diese Tagung schon eine entscheidende Klärung der innenpolitischen Lage Polens bringen würde.

Diejenigen, die so urteilten, haben eine Enttäuschung erlebt. Die Rede, die Marschall Rydz-Smigly auf dieser Tagung hielt, enthielt im wesentlichen nur Worte, die aus seinem Munde in ähnlicher Form schon oft gehört wurden. Erschienen waren u. a. der Ministerpräsident General Skladkowski, der Kriegsminister Kasprzycki, der Kommandant der Polizei, General Zamorski, der Landwirtschaftsminister Poniatowski, der Vizekriegsminister Gluchowski, der Vizesejmmarschall Schätzl, General Gorecki und General Galica. Die große Rede des Marschalls Polens enthielt eine Reihe politisch bedeutsamer Gedankengänge. In bezug auf die Schwierigkeiten, an denen die Einigungsbestrebungen immer wieder scheitern, sagte Rydz-Smigly: „Kann es sich Polen leisten, nicht an die Zukunft zu denken? Ist Polen eine isolierte Insel, deren Ufer von irgendwelchen übernatürlichen Mächten geschützt werden, so daß man sich fruchtlosem Gezänk und doktrinären Streitigkeiten hingeben kann?" Rydz-Smigly spricht dann von der Rückständigkeit Polens im Vergleich zu anderen Ländern, von den „immer noch primitiven" Verhältnissen und fährt dann fort: „Aus diesen primitiven Verhältnissen müssen wir herauskommen, wenn Polen wirklich ein großer Staat sein soll. Dazu ist dreierlei notwendig:

1. Eine starke und gute Armee, die den äußeren Frieden garantiert.
2. Eine eiserne, harte und rücksichtslose Hand, die die Ordnung und Sicherheit im Innern und die Sicherheit der Zukunft garantiert.

3. Die ideelle Zusammenfassung und disziplinierte Vereinigung der Leute, die es satt haben, sich auf den krummen Wegen der verschiedenen Cliquen und Ghettos zu bewegen, wie auch derjenigen, die jung ins Leben treten, die für Polen arbeiten wollen und denen an Polen gelegen ist.

Mit diesen Menschen wird man die Entwicklung Polens und eine Aenderung der polnischen Psyche erreichen. . . Ich glaube, daß die Vereinigung solcher Menschen in Polen zustandekommen wird. Wollte man all die Energie, Tüchtigkeit, Begeisterung, Opferbereitschaft, die heute auf Zänkereien und Wühlarbeit vergeudet wird, auf eine gute redliche Arbeit verwenden, wie anders würde Polen aussehen."

Die Schlußfolgerungen aus dieser Rede liegen auf der Hand. Zunächst ganz allgemein: keine Klärung, wohl aber eine scharfe Beleuchtung der innerpolitischen Lage. Im besonderen:

1. Ein Bekenntnis zu den Einigungsbestrebungen des Obersten Koc und der Glaube an den schließlichen Erfolg der Konsolidierungsbestrebungen.
2. Das unbedingte Bekenntnis zum autoritären Kurs, zugleich eine deutliche Absage an alle Kreise, die eine Redemokratisierung des politischen Lebens erstreben.
3. Zusammenfassung der Jugend ganz unabhängig davon, wie sich das Verhältnis zu der Opposition gestaltet.
4. Rydz-Smigly hätte nicht ausdrücklich das Wort „Ghetto" gebraucht, wenn nicht das Programm des Lagers in bezug auf das Judentum schon feststände.

Aus der Rede ist außerdem zu erkennen, wie groß die Uneinigkeit in den Reihen der Legionäre selbst ist. Es ist deutlich, daß das alte Pilsudski-Lager, das man anfänglich so heil wie möglich in das neue Lager der nationalen Einigung hinüberretten wollte, auseinanderfällt, weil die Gegensätze unter den Pilsudskisten unüberbrückbar geworden sind. Zweifellos wird das zu einer schnelleren Klärung der Fronten beitragen. So hat z. B. schon die „Legion der Jungen", eine seinerzeit vom Pilsudski-Lager ins Leben gerufene Jugendorganisation, sich entschlossen, das Lager der nationalen Einigung zu verlassen, und diesen Entschluß ausgerechnet am Vortage des Krakauer Legionärtages bekannt gegeben. Wenn man sich daran erinnert, daß diese „Legion der Jungen" eine der ersten Organisationen war, die seinerzeit unter lebhaften Beifallskundgebungen ihren Beitritt zum Lager des Obersten Koc erklärt hat, daß die Zeitschrift der Legion „Panstwo Pracy" dem OZN-Lager lange Zeit hindurch begeisterte Leitartikel gewidmet hat, so kann man daran am besten erkennen, wie verschwommen die Kursrichtung des Lagers der nationalen Einigung damals noch gewesen sein muß, und wie deutlich sich schon heute der Kurs des OZN-Lagers abzeichnet: unbedingt autoritär, national, konservativ und katholisch-kirchlich.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gegen die Entwicklung zum totalen Staat eingestellten Kräfte versuchen werden, dem Lager der nationalen Einigung eine Art demokratischer Einheitsfront entgegenzustellen. Von der aus dem OZN-Lager ausgetretenen „Legion der Jungen" heißt es, daß sie mit der Volksfront sympathisiere und um die Aufstellung eines linksdemokratischen Lagers kämpfen werde. Im „Dziennik Poranny", einem Warschauer Blatt, das, wie es scheint, das Erbe des jetzt im Koc-Lager segelnden, ehemals links gerichteten „Kurjer Poranny" übernommen hat, trat dieser Tage der bekannte Demokrat Jan Czarnowski erneut für die Bildung einer „Demokratischen Front" in Polen ein. Diesmal schlägt er aber vor, daß die Front sich nicht nur auf die linksgerichteten demokratischen Kreise stützen solle, sondern alle „auf dem Boden einer parlamentarischen Demokratie" stehenden politischen Gruppierungen umfassen solle, also auch die Nationaldemokratie. Das ist, wenn man genau hinsieht, ein Vorschlag zur Erweiterung der sogen. „Front von Morges", die von den endekischen Kreisen rechts bis zu den bäuerlich-volksparteilichen Kreisen links reicht und in der Hauptsache die politischen Gruppen vereinigt, die hinter General Haller, General Sikorski und Korfanty stehen. Aus der Tatsache, daß bei einer Fahnenweihe in Bromberg neben dem General Haller auch

Roman Dmowski als Fahnenpate auftritt, läßt sich vielleicht vermuten, daß zwischen den Nationaldemokraten und der Morges-Front gewisse Verbindungen bereits hergestellt sind.

Es ist aber im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß eine „Demokratische Front“ mit Einschluß der Nationaldemokraten möglich ist. Schon allein die schroff antijüdische Einstellung der Nationaldemokratie würde ein unüberwindliches Hindernis für die Herstellung einer solchen Front sein. Denn in ihr würden Juden und Freimaurer ein Betätigungsfeld suchen und finden. In dem kürzlich im Wilnaer „Slowo“ zur deutsch-polnischen Verständigung von Cat-Mackiewicz erschienenen Artikel sind hierüber ein paar aufschlußreiche Worte gesagt. Er spricht von der „Naprawa“-Gruppe, die sich im Schlesischen Sejm besonders deutschfeindlich gebärdet, und fährt dann fort: „Die Naprawa-Gruppe will an die Macht, sie möchte Herrn Grazynski zum Ministerpräsidenten machen. Die Naprawa-Gruppe unterstützt heute Herrn Poniatowski, der selbst nicht zur „Naprawa“ gehört, weil er politisch links steht, sie unterstützt Herrn Miedzinski, den sie später genau so hintergehen wird, wie sie es Minister Koscialkowski gegenüber getan hat. Allerdings ist das größte Hindernis für die Naprawa-Leute der Oberst Koc mit seinem Lager der nationalen Einigung. Ihr Hindernis sind auch die Minister aus der Gruppe der Obersten, also auch Oberst Beck.“ Cat-Mackiewicz führt dann aus, wie gerade die Juden und Judenmischlinge sowie gewisse international eingestellte Kreise mit der Naprawa-Gruppe Hand in Hand arbeiten.

Aufschlußreich für die Beurteilung der Lage wird es sein, die Stimmen über den Legionärstag aus den Kreisen derjenigen Opposition zu vernehmen, die zu gewinnen für das OZN-Lager einige Aussicht besteht. Aus den bereits vorliegenden Stimmen seien hier zwei gebracht. Das national-radikale „ABC“ findet es beachtlich, daß auf der Legionärstagung am 6. August eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten aus dem Kreis um Pilsudski abwesend war, so der General Sosnkowski, der Oberst Slawek, der General Belina-Prazmowski und der General Wieniawa-Dlugoszewski. Nach dem Bericht des Blattes sind von der Naprawa nahestehenden Kreisen unter den Legionären Flugblätter verteilt worden, in denen der beigelegte Wawelkonflikt nochmals aufgerührt wurde. Der „Dziennik Narodowy“, das offizielle Organ der nationaldemokratischen Partei, schreibt, daß sich auf die von Marschall Rydz-Smigly aufgestellten Thesen alle Polen einigen könnten. Die Unterschiede in den Ueberzeugungen würden erst in Erscheinung treten, sobald versucht werden würde, dieses Programm auf den Boden der politischen Wirklichkeit zu stellen. Der gestrige Tag zeige, daß die organisatorische Arbeit des Obersten Koc die Verkörperung der allgemeinen politischen Gebote sei, die der Marschall Rydz-Smygli in seiner Ansprache verkündet habe. Das Blatt meint, daß politische Folgerungen noch nicht gezogen werden könnten, sie mußten au
vertagt werden. Ebenso wie die Aeußerungen des Blattes vor der Tagung, sc
auch diese Worte eine grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarb
Lager der nationalen Einigung anzudeuten. Es kommt nu
an, ob das OZN-Lager eine noch weitergehende Anpassung
Ideologie der Nationaldemokraten, als das ohnehin schon jetzt
ist, vertragen kann und ob der Machthunger dieser lange ausgeschalteten Grup
erträglichen Opfern wird gestillt werden können.

r später
scheinen
eit im
darauf
an die
der Fall
pe unter

„Demokratische“ Brutalität

Das demokratische Mäntelchen wird auf die Dauer kaum das wahre, den G
der Menschlichkeit und Moral hohnsprechende Gesicht eines
verhüllen können, der eins der seltsamsten Gebilde auf der Landkarte Europas
damit schon rein äußerlich die Gewalttätigkeit seiner Entstehung dokumen
zumal dieser Staat keine Gelegenheit versäumt, seine wahrhaft „human
„friedlichen“ Absichten möglichst laut vor aller Welt zu demonstrieren.

esetzen
Staates
ist und
tiert, —
n“ und

Der Fall der 6 000 *sudetendeutschen Kinder*, denen der Ferienaufenthalt in Deutschland im letzten Augenblick durch die tschechischen Gewalthaber verboten wurde, war wieder einmal eine solche auffällige Demonstration und unter Berücksichtigung aller Begleitumstände *eine Herausforderung und Anrempelei des Deutschen Reiches und des gesamten deutschen Volkes*. Er reizte dazu, diesem sich immer so scheinheilig und geschickt tarnenden Staatswesen wieder einmal die Maske vom Gesicht zu reißen, die wahren Methoden aufzuzeigen, die dort gegenüber Staatsangehörigen anderer Nationalität angewandt werden können, ohne auf Widerspruch des *kleinen tschechischen „Herrenvolkes"* zu stoßen.

Der Fall selbst ist in der Tagespresse ausführlich behandelt worden. Monatelang war mit den zuständigen Prager Stellen verhandelt und die Verschickung der sudetendeutschen Kinder, *unterernährter Kinder aus den sudetendeutschen Elendsgebieten*, in allen wesentlichen Einzelheiten festgelegt worden, als plötzlich und ohne stichhaltige Begründung der Ablehnungsbescheid kam. Die Empörung im deutschen Volk wäre nicht so einmütig gewesen, wenn nicht mit dieser Ablehnung ein *Lügenfeldzug der Verleumdung und Verdrehung der Tatsachen* verbunden gewesen wäre, bei dem mit dem Argument gearbeitet wurde, die armen Kinder würden sich ja in *Deutschland* gar nicht erholen können, *weil ihnen in diesem Land die zur Erholung notwendigen Lebensmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten*, und gleichzeitig von den *„vorbildlichen sozialpolitischen Verhältnissen" in der Tschecho-Slowakei* geredet wurde und davon, wie gut man in der Tschecho-Slowakei selbst für die sudetendeutschen Kinder sorgt.

Das Gespenst des sudetendeutschen Hungers war damit wieder einmal beschworen und machte seine Runde durch die deutschen Lande, ja es wurde sogar jenseits der Grenze gesehen und beachtet. Eine breitere Oeffentlichkeit erfuhr *erschütternde Tatsachen über die Lage unserer 3½ Millionen Volksangehörigen* jenseits der Grenze, deren Existenzgrundlage seit nunmehr beinahe 20 Jahren durch eine Politik, die man nicht anders als eine *bewußte Politik der Ausrottung des deutschen Menschen* bezeichnen kann, planmäßig untergraben wurde und dazu geführt hat, daß man *solche Bilder des Hungers und Elends, wie man sie heute im sudetendeutschen Gebiet antrifft* — vom bolschewistischen Rußland abgesehen — *wohl selten in Europa wird finden können.*

Im *„Ostland"* ist bereits im *Februar* d. J. in einem Aufsatz *„Hunger in Sudetendeutschland"*, der die verzweifelte wirtschaftliche Lage der Sudetendeutschen schildert, darauf hingewiesen worden, daß der tschecho-slowakische Staat sudetendeutsche Menschen von den ohnehin dürftigen Hilfsmaßnahmen, die er gegen die Not zu treffen in der Lage ist, ausschließt und sich damit „hinter demokratischer Tarnung zum Hunger als einer Waffe im Volkstumskampf bekennt". Wenn dort das Zeugnis eines einflußreichen tschechischen Sozialpolitikers angeführt wurde, der an eine schwedische Aerztin mit einer sonst den Tschechen nicht eigenen Offenheit die Worte schrieb: *„Wir müssen danach streben, einen Teil der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, während wir andere Teile dem Hungertode preisgeben müssen"*, so ist dieses Zeugnis nur eins von vielen ähnlichen, wenn es auch an Eindeutigkeit alle anderen übertrifft.

Aber es liegen nicht nur Aeußerungen dieser Art vor, Aeußerungen, die zeigen, wohin der Leidensweg der Sudetendeutschen führen soll, damit die völkisch maßlosen Ziele der tschechischen „Herren" verwirklicht werden, sondern auch Zeugnisse aus berufenem Munde, die beweisen, wie weit die Tschechen es in dieser Hinsicht schon gebracht haben. *Zwei besonders eindringliche Zeugnisse*, die im Zusammenhang mit dem Fall der sudetendeutschen Ferienkinder durch die Presse gegangen sind, seien hier wiederholt. Der *schwedische Professor Böök* veröffentlichte im Anschluß an eine Reise durch das sudetendeutsche Gebiet im *„Svenska Dagblades"* einen Aufsatz, in dem er u. a. schrieb: „Ich sprach mit dem Volksschullehrer. Er war verzweifelt über den Zustand der Schulkinder. Selbst die intelligentesten unter ihnen könnten dem Unterricht nicht mehr folgen, *denn sie sind alle unterernährt. Rachitis und Ausschlag* breiten sich wieder aus, eng mit Unterernährung zusammenhängende *Augenkrankheiten treten als Vorboten einer wirklichen Hungersnot auf.*"

Und in dem Bericht einer tschechischen Untersuchungskommission, die im Herbst 1935 in Mähren war, wird folgendes festgestellt: „Die Not ist unerträglich, das Elend grauenhaft, der Hunger wütet, der Gesundheitszustand der Bevölkerung wird immer ärger . . . Die wirtschaftlichen Zustände sind geradezu katastrophal. 90 v. H. der Kinder sind unterernährt, die Kinderkrankheiten haben heuer auch im Sommer zu wüten nicht aufgehört . . . Wir erblicken in diesen Zuständen eine große Gefahr auch für unser Land."

Die Gefahr bleibt und wird höchstwahrscheinlich noch weitere Kreise ziehen, als die Tschechen heute ahnen, aber wenigstens außenpolitisch möchten die Tschechen ihr begegnen. Im Orbis-Verlag in Prag, der dem Prager Außenministerium nahesteht, und in ausländischen Verlagen sind deshalb in letzter Zeit zahlreiche Broschüren erschienen, in denen versucht wird, die tschechische Lüge aufrechtzuerhalten, daß es den Sudetendeutschen eigentlich nicht schlecht geht. So ist bei Publishing Co in New York eine Broschüre unter dem Titel „Czechoslovak Democracy" von J. E. Williams erschienen und in einem Pariser Verlag von dem französischen Publizisten Maurice H. Alberty ein Buch über „Die Probleme der sudetendeutschen Minderheit in der Tschechoslowakei", denen man die Regie der Prager Propaganda nur zu gut anmerkt. In der Tschecho-Slowakei selbst ist besonders eine Broschüre „Sind die Deutschen in der Tschecho-Slowakei unterdrückt?" verbreitet worden, die die Beschwerden des Sudetendeutschtums über seine Lage als unbegründet hinstellt.

Als Antwort darauf ist nun in dem angesehenen Wiener Universitätsverlag von W. Braumüller eine kleine Schrift unter dem Titel: „Die Sudetendeutschen in der Tschecho-Slowakei nicht unterdrückt?" erschienen, in der ausschließlich Äußerungen tschecho-slowakischer Regierungsparteien über die völkische und wirtschaftliche Unterdrückung des sudetendeutschen Volkes zusammengetragen sind. Aus dieser kleinen Dokumentensammlung sei hier ein Bericht über den Gablonzer Elendsbezirk zitiert. Es heißt darin u. a.: „Als ich das letzte Mal in Gablonz war, fand ich die Menschen gründlich verändert. Wo früher unter der Arbeiterschaft ein gewisser Wohlstand herrschte, hörte man nichts als Klagen über Not, Hunger und Elend. . . Geht man in die Industriedörfer um Gablonz, so sieht man das veränderte Bild kraß und deutlich. Als Beispiel sei die 7 000 Einwohner zählende Gemeinde Morchenstern angeführt. Morchenstern war einmal der Sitz der Glasknopf- und Banglesindustrie. . . Der Stadtarzt von Morchenstern Dr. Josef Hanff berichtete mir folgendes: Während die Geburtenzahl in ständigem Sinken ist, wird die Alterssterblichkeit immer größer. Die alten Leute mit ihrem vom Hunger geschwächten Körper können den Krankheiten keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Auch die Tuberkulose, die eingedämmt schien, lebt wieder auf." Im schulärztlichen Bericht über den Gesundheitszustand der Schulkinder des Gerichtsbezirks Hainspach für das Schuljahr 1936/37 wird festgestellt, daß von 1 862 untersuchten Kindern 782 Kinder mit Untergewicht und unterernährt waren.

Auf der am 8. August im Zentrum des westböhmischen Kohlenreviers, in Falkenau an der Eger veranstalteten Kundgebung der Sudetendeutschen Partei kam der Abgeordnete Wollner auf das Ausreiseverbot der sudetendeutschen Ferienkinder zu sprechen und wies im Zusammenhang damit auf das unbeschreibliche Kinderelend des Falkenauer Bezirks hin. Der Bezirk gehört zu den von der Diphtherie am meisten heimgesuchten Bezirken Europas. Im Laufe von sieben Monaten sind in diesem Bezirk 500 unterernährte Kinder an Diphtherie erkrankt und 51 an dieser Krankheit gestorben. Obwohl von sudetendeutscher Seite immer wieder auf die unhaltbaren Zustände im Falkenauer Krankenhaus hingewiesen wird, in dem ständig zwei bis drei Kinder, noch dazu mit verschiedenen ansteckenden Krankheiten, in einem Bett schlafen müssen, geschieht von tschechischer Seite nichts, diesen unmenschlichen Zuständen abzuhelfen. In den sudetendeutschen Gebieten ist die Arbeitslosigkeit immer noch doppelt so groß wie in den tschechischen Gebieten. Während der tschecho-slowakische Gesandte Jan Masaryk in London dem Ausschuß des jüdischen Weltkongresses zusichert, daß die Teilnehmer am Juden-Kongreß in Karlsbad eine 80-prozentige Eisenbahnermäßigung erhalten werden, geschieht nichts, das Elend der Arbeits-

losigkeit der Sudetendeutschen zu mildern. Im selben Bezirk Karlsbad, in dem sich das internationale Judentum demnächst zum Kongreß versammeln soll, beträgt die Unterstützung für die amtlich registrierten Arbeitslosen, — ein Teil der Arbeitslosen ist nicht registriert und ohne jegliche Unterstützung — pro Kopf täglich 80 Heller oder 6 Pfennig, während für die Erhaltung eines Sträflings immerhin pro Kopf und Tag 2,66 Kronen ausgegeben werden!

Kein Wunder, wenn die Selbstmordziffer nach der Statistik nirgends in Europa eine solche Höhe erreicht, wie im sudetendeutschen Gebiet. Da es sich um einen bewußten Vernichtungskampf mit wirtschaftlichen Waffen handelt, verhallen die Notschreie der Deutschen ungehört. Beweis ist die erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit im sudetendeutschen Gebiet in diesem Jahr im Verhältnis zum Vorjahre, in einem Zeitraum also, in dem sich ein Wirtschaftsaufschwung in der Tschecho-Slowakei bemerkbar machte, der aber ausnahmslos nur den tschechischen Gebieten zugute kam. Im Januar 1936 waren nach der amtlichen Statistik unter den zwölf Bezirken mit der höchsten Arbeitslosigkeit zehn deutsche und zwei tschechische. Im Januar 1937 lagen alle zwölf Bezirke mit der größten Arbeitslosigkeit ausnahmslos im sudetendeutschen Gebiet. Im Juli 1936 entfielen auf 100 Arbeitslose in den tschechischen Bezirken 303 Arbeitslose in den deutschen Bezirken, hiernach ist die Arbeitslosigkeit innerhalb des Sudetendeutschtums also dreimal so hoch wie im tschechischen Gebiet. Und inzwischen hat sich das Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der sudetendeutschen Bevölkerung verschoben.

Wer durch die Zeugnisse aus berufenem Munde noch nicht restlos überzeugt ist, wird der grausamen Sprache, die diese nüchternen Zahlen sprechen, wohl Gehör schenken müssen. Den Tschechen ist im Vernichtungskampf gegen das Deutschtum jedes Mittel recht, und aus ihrem schlechten Gewissen und ihrem oft genug gekennzeichneten Volkscharakter erklärt sich die Unverschämtheit der Lügen, die sie aus Anlaß des Ausreiseverbots der sudetendeutschen Ferienkinder der Welt vorzusetzen gewagt haben.

Immer wieder: völkische Maßlosigkeit und skrupellose Verdrehung

Der im polnischen Regierungslager stehende „Dziennik Poznanski" hat sich kürzlich wieder einmal in recht freimütiger Weise über den traditionellen Hang der Polen zur Entnationalisierung fremden Volkstums geäußert. Das Blatt unternimmt den Versuch, zwischen loyalen und illoyalen Teilen der deutschen Volksgruppe in Polen zu unterscheiden, und läßt dabei durchblicken, daß es geneigt ist, diejenigen Teile als „loyal" gelten zu lassen, die sich nicht zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekennen. Es glaubt, solche Deutsche, die in dieser Weise „loyal" sind, vor allem in Kongreßpolen gefunden zu haben, und schreibt: „. . . So schritt auch die Polonisierung unter ihnen schnell vorwärts. Stellt man sich heute der staatsfeindlichen (!), nationalsozialistischen Propaganda in Polen nicht entgegen, so liefert man mehrere hunderttausend deutsche Kolonisten, aus deren Reihen viele gute Polen hervorgegangen sind, den Einflüssen der Agentur eines fremden Staates aus. Wir . . . können auf die Assimilierung dieser Elemente, deren natürlicher Entwicklungsprozeß dazu führt, nicht verzichten. Aus diesen Gründen meinen wir, daß man der Propaganda der nationalsozialistischen Doktrin unbedingt Halt gebieten muß im Interesse der Kraft, der Macht und der Verteidigung des Staates, und schließlich im Interesse der Minderheit selbst. Wir glauben nämlich, daß der Krieg zwischen dem Staat und der Minderheit nicht in der Absicht der Mehrheit der Deutschen liegt. . . Auf eines muß noch hingewiesen werden", heißt es im „Dziennik Poznanski" dann weiter, „die Bekämpfung der nationalsozialistischen Propaganda schmälert in keiner

Weise den deutsch-polnischen Pakt(!!)." Polen habe doch auch mit den Sowjets einen Nichtangriffspakt und die kommunistische Propaganda in Polen sei trotzdem verboten. Die nationale Zusammenarbeit der Völker und die Abwehr der Doktrinen, die der polnischen Staatlichkeit feindlich gesinnt sind, seien zwei verschiedene Sachen. Polen wolle nämlich weder kommunistisch noch nationalsozialistisch sein.

Wenn diese Sätze hier in dieser Ausführlichkeit wiedergegeben worden sind, so deshalb, weil das, was der „Dziennik Poznanski" hier sagt, die in Polen allgemein verbreitete Einstellung zur Frage der deutschen Volksgruppe ist und weil es sich beim „Dziennik Poznanski" nicht um ein Oppositions-, sondern um ein Regierungsblatt handelt, dessen Äußerungen von den Regierungskreisen nicht ohne weiteres in der üblichen beliebten Manier als belanglos hingestellt werden können. Aus diesen Gründen scheinen einige Bemerkungen am Platze zu sein.

1. Es geht aus den zitierten Sätzen hervor, daß man die Polonisierung des Deutschtums in Polen als einen „natürlichen Entwicklungsprozeß" betrachtet und daß man den Widerstand gegen die Polonisierung gewissermaßen als eine staatsfeindliche Handlung bewertet, die der polnische Staat mit der Verhängung des volkspolitischen Kriegszustandes über die an ihrem deutschen Volkstum festhaltenden Deutschen beantworten muß. Wenn aber der polnische Staat der deutschen Volksgruppe das Recht auf die Pflege der nationalsozialistischen Weltanschauung, also das Recht auf die geistige Verbundenheit mit dem Mutterlande verwehrt, dann muß man auf polnischer Seite auch logischerweise darauf verzichten, sich um das Schicksal der in Deutschland noch vorhandenen polnischen Volkssplitter zu kümmern, und es unterlassen, irgendwie zur Lage dieser Volkssplitter Stellung zu nehmen. Das Recht zur Kritik hat in den Fragen des Volkstums nur der, der selber bereit ist, fremdes Volkstum zu achten, — wie es der grundsätzlichen Haltung der nationalsozialistischen Weltanschauung entspricht.

2. Wenn von polnischer Seite festgestellt wird, daß „im Interesse der Kraft, der Macht und der Verteidigung des polnischen Staates" auf die Assimilierung der deutschen Volksgruppe nicht verzichtet werden könne, so liegt darin das Eingeständnis einer inneren Schwäche, die keineswegs geeignet ist, einen polnischen Großmachtanspruch als begründet erscheinen zu lassen. Es ist nicht möglich, einen Staat als Großmacht zu werten, dessen Repräsentanten und Sprecher offensichtlich unter schweren Minderwertigkeitskomplexen leiden.

3. Mit der Feststellung, daß es notwendig sei, der Ausbreitung der nationalsozialistischen Weltanschauung in der deutschen Volksgruppe entgegenzutreten, um der Polonisierung der Volksgruppe die Wege zu ebnen, hebt der „Dziennik Poznanski" selber hervor, wie notwendig es zur Deutscherhaltung der Volksgruppe ist, der Förderung der volklichen Erneuerung im Geiste der nationalsozialistischen Weltanschauung besondere Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen.

4. Es muß von deutscher Seite ganz entschieden zurückgewiesen werden, wenn von polnischer Seite immer wieder versucht wird, den Nationalsozialismus auf eine Stufe mit dem völker- und staatenzerstörenden Bolschewismus zu stellen. Ganz abgesehen von der beleidigenden Absicht, die einer solchen Gleichsetzung zugrunde liegt, muß folgendes, was auch dem „Dziennik Poznanski" nicht unbekannt sein kann, festgestellt werden: Die bolschewistische Propaganda wendet sich grundsätzlich an alle Bewohner des polnischen Staates, sie macht keinen Unterschied in völkischer Hinsicht, ihr Ziel ist, den polnischen Staat bolschewistisch zu machen. Die nationalsozialistische Weltanschauung aber wendet sich grundsätzlich nur an die Deutschen. Sie ist keine Exportware. Noch mehr: Es liegt durchaus nicht im deutschen Interesse, polnische Menschen zu Nationalsozialisten oder gar Polen zu einem nationalsozialistischen Staatswesen zu machen. Der Bolschewismus will die Zerstörung des polnischen Staates und die Zersetzung des polnischen Volkes. Der Nationalsozialismus aber will die völkische Festigung und einheitliche weltanschauliche Ausrichtung der in Polen lebenden Deutschen.

5. Es ist schließlich ein schwerer Irrtum, wenn man auf polnischer Seite etwa glaubt, das Verhältnis der beiden Staaten, Deutschlands und Polens, unabhängig von dem Schicksal der deutschen Volksgruppe in Polen behandeln zu können. Es kann auf deutscher Seite nur als Unaufrichtigkeit und Heuchelei aufgefaßt werden, wenn

polnischerseits ein Lippenbekenntnis zur „Zusammenarbeit mit Deutschland" abgelegt wird, während zu gleicher Zeit gegen die Deutschen in Polen die schärfsten Polonisierungsparolen verkündet und praktisch durchgeführt werden.

Ostland-Chronik

Deutsche werden gehetzt

Ein deutscher Maurer aus Pleß, der wegen eines Lungenleidens seit langer Zeit nur beschränkt erwerbsfähig ist, erhielt am 17. April 1936 nach langer Arbeitslosigkeit auf Grund der Fürsprache des Armenarztes eine leichte Beschäftigung beim Bahnbau Sohrau—Pleß, damit er mit Hilfe des verdienten Geldes etwas für seine Gesundheit tun könnte. Als er aber kurz darauf, am 12. Mai 1936 sein Kind für die deutsche Schule in Pleß anmeldete, wurde er auf Anordnung des Pleßschen Arbeitsamtsleiters wieder entlassen. Es gelang ihm dann für einige Zeit bei einer anderen Arbeit unterzukommen. Im Winter, als er wieder arbeitslos war, erhielt er mit Frau und Kind eine monatliche Unterstützung von 3 Zloty und 10 kg Mehl. Als er im April d. J. wieder bei einem Brückenbau Arbeit erhielt, wiederholte sich dasselbe Spiel wie im vorigen Jahr: er wurde wieder entlassen, weil sein Kind die deutsche Schule besuchte. Und dann folgte ein Meisterstück polnischer Regie: Der Starost sagte ihm Arbeit zu, wenn er einen neuen ärztlichen Ausweis vorlegte. Aber der Arzt, der ihm die Bescheinigung im vorigen Jahr ausgeschrieben hatte, war inzwischen entsprechend instruiert worden: Er verweigerte den Schein. Als sich dann ein anderer Arzt fand, der nach gründlicher Untersuchung den geforderten Ausweis ausstellte, wurden die Straßenbauarbeiten, bei denen der Deutsche beschäftigt war, wegen Materialmangels eingestellt; und als sie nach zwei Tagen wieder begannen, wurde der Arbeitsplatz des Deutschen mit einem Polen besetzt. Nach drei Wochen, am 5. Juni, gelang es dem Maurer beim Straßenbau Kolier—Tichau anzukommen. Eine Woche darauf ließ ihn der Bauleiter, Ing. Pawelec, zu sich kommen und fragte ihn, ob es wahr sei, daß sein Kind die deutsche Schule besuche und daß er Mitglied des Volksbundes sei; er, der Bauleiter, wolle sich zwar nicht in private Angelegenheiten mischen, aber er habe seinetwegen Schwierigkeiten gehabt. Am 8. Juli wurde der Deutsche zum fünften Male innerhalb von 15 Monaten entlassen. Am Tage darauf ging er aufs Baubüro und bat den Ing. Pawelec, den Entlassungsgrund in seine Papiere einzutragen. Da schrie der Pole ihn an: „Sie schicken Ihr Kind in die deutsche Schule. Soll der Volksbund Ihnen helfen und Ihnen Arbeit geben."

Aehnlich erging es einem jungen Deutschen in Kattowitz, der vor kurzem von einer dortigen Firma die Zusage erhielt, daß er bei ihr eingestellt werden könne. Er begab sich daraufhin ins Arbeitslosenamt, um sich zunächst, da er noch keine Arbeitslosenkarte besaß, eine solche ausstellen zu lassen. Als ihm nach einigen Tagen die Karte ausgehändigt wurde, war diese mit einem handschriftlichen Vermerk folgenden Wortlauts versehen: „Achtung! Bekennt sich zur Minderheit deutscher Nationalität (deutsche Schule)." Auf Grund dieses Vermerks wurde ihm der Anlegeschein verweigert. Ohne diesen Schein aber darf der junge Deutsche den ihm angebotenen Posten nicht übernehmen, obwohl die Firma ihr Angebot weiter aufrechterhält. Als sein Vater von dem fraglichen Beamten des Arbeitslosenamtes Aufklärung des Falles verlangte, erklärte ihm dieser, daß er sich nach den ihm gewordenen Weisungen zu richten habe, denenzufolge kein Deutscher eingestellt werden dürfe, solange es noch Polen gebe, die arbeitslos sind. In der „Kattowitzer Zeitung" vom 10. Juli ist eine Kopie der Arbeitslosenkarte mit dem genannten Vermerk veröffentlicht worden.

Rücksichtsloser Vernichtungskampf gegen das ostoberschlesische Deutschtum

In aller Erinnerung ist noch der überwältigende deutsche Abstimmungssieg in Oberschlesien und die widerrechtliche Zerreißung dieses wirtschaftlich zusammengehörenden Gebietes, die trotzdem vorgenommen wurde. Auch in dem an Polen abgetretenen Gebiet haben 225 431 Oberschlesier für Deutschland gestimmt, 284 052 für Polen. 45 v. H. der Bevölkerung von Ostoberschlesien

bekannten sich also damals zum Deutschtum. Welch brutaler Vernichtungskampf inzwischen gegen das Deutschtum geführt wurde, das erkennt man am besten aus folgenden Zahlen: 1922 waren 60 v. H. der Gesamtarbeiterschaft der oberschlesischen Betriebe und 90 bis 95 v. H. der Angestelltenschaft deutsch. Insgesamt waren damals rund 140 000 deutsche Arbeiter und etwa 14 000 deutsche Angestellte in der ostoberschlesischen Industrie tätig, heute dagegen sind in der ostoberschlesischen Schwerindustrie schätzungsweise nur noch 2 000 deutsche Arbeiter und 300 deutsche Angestellte tätig. Am sinnfälligsten kommt die planmäßige Verdrängung des Deutschtums bei einer zahlenmäßigen Gegenüberstellung der deutschen und polnischen Betriebsratsmitglieder in den vier weltbekannten deutschen Hüttenwerken zum Ausdruck. Während im Jahre 1928 in der Königshütte noch 10 deutsche Betriebsratsmitglieder vorhanden waren (gegen 7 polnische), in der Bismarckhütte 12 deutsche (gegen 10 polnische), in der Laurahütte 2 deutsche (gegen 8 polnische), in der Friedenshütte 9 deutsche (gegen 7 polnische), gibt es jetzt in sämtlichen vier Hütten kein einziges deutsches Betriebsratsmitglied mehr! So sieht also, an einem von vielen Fällen illustriert, die in der Verfassung garantierte Gleichberechtigung aller Bürger aus. Die wenigen noch beschäftigten deutschen Arbeiter und Angestellten sind völlig schutzlos ihren polnischen Brotgebern ausgeliefert. So sind in letzter Zeit wieder 24 deutsche Familienväter von der Verwaltung der Königshütte entlassen worden, „weil man zu ihnen als Angehörigen der deutschen Minderheit kein Vertrauen haben könne". Die Ungerechtfertigkeit der Maßnahmen ist deswegen noch besonders groß, weil die Entlassungen in einer Zeit erhöhten Beschäftigungsstandes erfolgen. Die Friedensgrube z. B. erhielt in der letzten Zeit so große Lieferungsaufträge, daß sie die in den Turnusurlaub geschickten rund 200 Arbeiter wieder einstellen mußte. Zu gleicher Zeit wurden fünf deutsche Arbeiter von der Verwaltung auf die Straße gesetzt und brotlos gemacht. In allen fünf Fällen handelt es sich um Familienväter mit mehreren Kindern.

Drei neue Gesetze, die nach dem Erlöschen der Genfer Konvention in Kraft treten, geben den Polen neue Waffen gegen das oberschlesische Deutschtum in die Hand. Das eine beseitigt die deutsche Sprache als Amtssprache, so daß jeder Deutsche, der nicht polnisch sprechen kann, den polnischen Behörden gegenüber einen schweren Stand haben wird, das andere führt die Agrarreformgesetze, die im übrigen Polen gelten, auch in Ostoberschlesien ein und muß sich, da der Grundbesitz fast durchweg in deutschen Händen ist, als Entdeutschungsmaßnahme auswirken, das dritte zerschlägt die Selbständigkeit der evangelischen Kirche, die vom polnischen Wojewoden abhängig gemacht und durch ihn polonisiert werden soll. Im Zusammenhang mit diesem neuen Kirchengesetz sind jetzt drei deutsche Pfarrer aus Ostoberschlesien ausgewiesen worden. Ein viertes Gesetz besiegelt das Schicksal des Pleßschen Vermögens. Fünfzehn Jahre hat dieses fürstliche Vermögen, das zu den größten in Europa gehörte, dessen Liegenschaften allein eine halbe Milliarde wert waren, dem Druck der steigenden polnischen Steuerschraube und der behördlichen Schikanen standgehalten und dadurch vielen deutschen Menschen drüben Arbeit und Brot gesichert. Nun mußten die Pleßschen Güter den Polen preisgegeben werden.

Koloniale Revisionspropaganda in Polen

In den Tagen, in denen in Gdingen in Anwesenheit des polnischen Staatspräsidenten das „Fest des Meeres" begangen wurde, tauchte in der polnischen Presse wieder eines der an den Haaren herbeigezogenen „Argumente" für das „Recht Polens auf Kolonialbesitz" auf. Nach dem Bericht der „Gazeta Gdanska" (Nr. 157 vom 12. Juli) versuchte General Kwasniewski in seiner Festrede das „Recht Polens auf Kolonien" u. a. damit zu begründen, daß von polnischer Seite „unter preußischer Herrschaft Abgaben zu den deutschen Kolonien geleistet" worden seien. Und der „Ilustrowany Kuryer Codzienny" (Nr. 192 vom 13. Juli) schrieb u. a.: „In der Zeit der Unfreiheit unter preußischer Herrschaft haben wir an die Teilungsmacht Geld in derselben Höhe (?!) gezahlt wie die Deutschen. . . Wir wollen keine Gnade und keine Geschenke. Wir verlangen nur das, was uns billigerweise zukommt (!!)".

Man kann diese Art von Propaganda (ganz abgesehen davon, daß man sie als allzu plump und unverschämt ablehnen muß) auch vom polnischen Standpunkt aus nur als leichtfertig bezeichnen. Denn das ist doch klar: Wenn man die zweifellos lächerlich geringe Summe „polnischen" Geldes, das in der Vorkriegszeit in die deutschen Kolonien geflossen ist, für ausreichend hält, um mit ihr einen polnischen Anspruch auf den deutschen Kolonialbesitz zu begründen, dann wird man auch zugeben müssen, daß sich eine entsprechende, auf gewisse östliche Nachbargebiete des Reiches gerichtete deutsche Propaganda mit ungleich größerem Recht durchführen ließe, da ja aus Mittel- und Westdeutschland mehrere Generationen hindurch ungeheure finanzielle Mittel für die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung der genannten Gebiete zur Verfügung gestellt worden sind. Man kann den polnischen Kolonialpropagandisten nur den guten Rat geben, durch ihre Tätigkeit nicht derartige, sehr naheliegende Schlußfolgerungen zu provozieren! Und es muß einmal eindeutig festgestellt werden, daß es nicht ausbleiben kann, daß der polnische Anspruch auf deutsches Kolonialgebiet von deutscher Seite als Grenzrevisionspropaganda aufgefaßt und entsprechend beantwortet wird.

Deutsche private Volksschule in Tarnowitz

Dem dringlichen Ersuchen des Deutschen Schulvereins entsprechend, hat die Wojewodschaftsbehörde die Eröffnung einer privaten deutschen Volksschule in Tarnowitz (Ostoberschlesien) gestattet. Die private Unterrichtsanstalt tritt an die Stelle der bisherigen öffentlichen Minderheitsschule mit deutscher Unterrichtssprache. Mehr als 250 Erziehungsberechtigte haben 353 Kinder in die neue deutsche Schule umgemeldet. Hinzu kommen noch die vor einigen Wochen zum Besuch der öffentlichen Minderheitsschule angemeldeten Schulanfänger. Die private deutsche Volksschule ist im Gebäude des Tarnowitzer Deutschen Privatgymnasiums untergebracht, das zu diesem Zwecke entsprechend erweitert und umgebaut wird.

Lodz oder Posen

Den beiden höheren Bildungsanstalten in Lodz, einer Stadt, die über 40 000 Deutsche zählt, sind von den polnischen Schulbehörden die vollen Oeffentlichkeitsrechte zuerkannt worden. Es handelt sich um das Deutsche Gymnasium und das Deutsche Mädchengymnasium von Rothert. Bekanntlich sind vor Monaten den beiden deutschen Gymnasien in Posen und Graudenz die Oeffentlichkeitsrechte aus nichtigen Gründen aberkannt worden. Die unterschiedliche Behandlung des höheren deutschen Schulwesens in den ehemals deutschen und den kongreßpolnischen Gebieten, die in diesen Maßnahmen zum Ausdruck kommt, ist für gewisse Absichten der polnischen Volkstumspolitik bezeichnend. Die Maßnahmen liegen im Sinne einer Politik, die ein Blatt der polnischen Konservativen (also der Kreise, die sich gelegentlich gern mit dem Schein der nationalen Unvoreingenommenheit gegenüber dem Deutschtum Polens umgeben) einmal ungefähr so charakterisiert hat: Man könne den Deutschen ruhig die freie geistige Entwicklung in Polen gestatten; aber man müsse dafür sorgen, daß die organisatorischen Zentren des deutschen Lebens aus den Grenzgebieten entfernt und in eine möglichst polnische Umgebung hineinverlegt werden. Auf diese Weise sei die erstrebenswerte Polonisierung der geistigen Führerschicht des Deutschtums zwar langsamer, aber reibungsloser zu erreichen.

Deutsche Schulkinder dürfen Deutschland nicht als ihr Vaterland bezeichnen

Der nachstehend geschilderte Fall steht nicht vereinzelt da. Er ist im Gegenteil typisch für die Methoden, die vor allem in Ostoberschlesien, aber auch im übrigen Polen, zur Ausrottung des volksbewußten deutschen Lehrerstandes angewandt werden. Am 5. Juni 1937 wurde von dem Disziplinaranwalt Gajer bei der Bezirksdisziplinarkommission für Lehrer beim Schlesischen Wojewodschaftsamt in Kattowitz Antrag auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen den deutschen Volksangehörigen Johann Konrad Kubitza, Lehrer an der öffentlichen Minderheitsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Tarnowitz, gestellt mit dem Ziel der Entlassung aus dem Schuldienst unter Verlust des Rechtes auf Bekleidung irgendeiner Stelle im staatlichen, kommunalen oder privaten Schulwesen. Die „Schuld" des

Beklagten hat u. a. darin bestanden, daß er am 2. Juni 1936 in der Lehrerkonferenz seiner Schule Einwendungen dagegen erhoben hat, das die Festansprache bei der Schulfeier aus Anlaß des 10. Jahrestages des Amtsantritts des Staatspräsidenten Moscicki an einer deutschen Schule in polnischer Sprache gehalten wird. „Schuldig" hat sich Kubitza auch dadurch gemacht, daß er im Herbst 1936 in das Poesiealbum einer seiner Schülerinnen folgenden Satz eingetragen hat: „Bewahre duftig und zart die Blume deutschen Gemütes im frostigen Hauche der Gegenwart". In der Begründung des Strafantrages hat sich der Disziplinaranwalt hierzu folgendermaßen geäußert: Die Eintragung eines solchen Sinnspruches bezwecke unzweifelhaft, „den Kindern die Ueberzeugung einzuimpfen, daß die heutige Wirklichkeit, in der sie leben, also die Zugehörigkeit zum polnischen Staate, unerträglich, lästig und frostig ist." Kubitza habe somit „zielbewußt Abneigung gegen den polnischen Staat geweckt" und dadurch „seine Pflicht verletzt", die Kinder in staatsbürgerlichem Sinne zu erziehen. Als weitere „Straftat" ist in dem Strafantrag angeführt worden, daß eine der Schülerinnen Kubitzas einmal auf die Frage, welches ihr Vaterland sei, Deutschland als ihr Vaterland bezeichnet habe, und daß dieser selber diese Antwort einem darüber erregten Polen gegenüber als durchaus richtig in Schutz genommen habe. Das sind die Fälle, die dazu herhalten müssen, um einen deutschen Lehrer, der seit 1924 im öffentlichen Schuldienst Polens beschäftigt ist und seit 1929 an der Tarnowitzer Minderheitsschule unterrichtet, aus seinem Wirkungskreis zu entfernen und ihm jede Befähigung zur Bekleidung einer Lehrerstelle in Polen unbefristet abzuerkennen. Es ist übrigens bezeichnend, daß in dem Strafantrag als Zeugen gegen Kubitza dessen drei polnische „Kollegen" angeführt worden sind, nämlich der Leiter der Schule Jan Musielak, die Lehrerin Rosalie Last und der Lehrer Ignaz Niemiec, und dazu kommt als vierter noch der Schulinspektor Wojciech Wroblewski. Es ist kaum erforderlich, die geistige Verfassung von Leuten näher zu beleuchten, die es für ihre Amtspflicht halten, den polnischen Staat durch solche Strafanträge und solche Begründungen zu kompromittieren. Es muß nur noch vermerkt werden, daß Kubitza inzwischen das Land der sprichwörtlichen Toleranz verlassen hat.

Zahlen, die man zu lesen verstehen muß

Das vom Statistischen Hauptamt in Warschau herausgegebene „Kleine Statistische Jahrbuch für das Jahr 1937" ist jetzt erschienen. In einer Pressekonferenz machte der Direktor des Amtes, Dr. E. Szturm de Sztrem, darauf aufmerksam, daß das Jahrbuch diesmal in einem um 100 Seiten stärkeren Format herausgebracht worden sei, und folgende Gebiete in ihm zum ersten Mal Berücksichtigung gefunden haben: die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Städten, Nutzung und Größe der landwirtschaftlichen Grundstücke nach Wojewodschaften, der staatliche landwirtschaftliche Grundbesitz, das Volkseinkommen, die nicht zu den Verbänden gehörenden Genossenschaften, die Kartelle, die Bautätigkeit, der Fleischverbrauch, das Verkehrsnetz und die neuerbauten Straßen für die Jahre 1924 bis 1936, territorial aufgegliedert, die Verteilung der Automobile in Polen, Getreide- und Bau-Kredite, die Ausgaben des Staates für das Schulwesen und andere Daten über Unterricht und Wissenschaft, die Schulden des Staates und der Selbstverwaltung, der Umsatzfonds für die Agrarreform u. a. m.

Das neue Jahrbuch ist in der für polnische Verhältnisse großen Auflage von 70 000 Exemplaren erschienen. Weil es billig und handlich ist, findet das Kleine Statistische Jahrbuch auch im Auslande große Verbreitung. Daher ist der Hinweis wohl am Platze, daß ohne genaue Kenntnis über die Art der Gewinnung und Aufbereitung des Urmaterials, die manchmal aus den Anmerkungen zu den Tabellen zu ersehen ist, die Angaben, besonders soweit sie sich auf die Minderheiten beziehen, nur mit Vorsicht aufzunehmen sind. Das Jahrbuch bringt endlich auch Angaben über das Ergebnis der Volkszählung vom Jahre 1931, die vorher zum größten Teil schon in der alle Dekaden erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Hauptamts, den „Statistischen Nachrichten", veröffentlicht waren (dort z. T. mit ausführlicheren methodologischen Hinweisen). Darnach lebten im Jahre 1931 in Polen nur 741 000 Deutsche. Wie diese Zahl zustandegekommen ist, darauf wird in anderem Zusammenhange eingegangen werden. 30,9 v. H. der Bevölkerung, die für den Tag der Volkszählung mit 32,1 Millionen und für den 1. Januar 1937 mit 34,2 Millionen angegeben wird, gehören den völkischen Minderheiten an. Interessant ist, daß 878 600 Personen ihre

Muttersprache überhaupt nicht angegeben haben und 381 300 Personen, die dem mosaischen Bekenntnis angehören, als ihre Muttersprache nicht Jüdisch oder Hebräisch, sondern eine andere Sprache, also Polnisch, angegeben haben. Ueber 5,5 Millionen Menschen können weder lesen noch schreiben, jeder fünfte Bewohner etwa ist also Analphabet. Dazu kommen aber über 1 Million Halbanalphabeten, die nur lesen können.

Ein Geschenk an die Polen

Einige Mitglieder der polnischen Delegation, die mit General Gorecki an der Spitze zum Frontkämpfertreffen in Berlin erschienen war, besuchten die Stadt Magdeburg und besichtigten die Magdeburger Zitadelle, in der Marschall Pilsudski während des Weltkrieges zeitweilig interniert war. Bei dieser Gelegenheit wurde ein kleines auf dem Zitadellengelände gelegenes Häuschen, in dem Pilsudski damals wohnte, von dem Bürgermeister der Stadt Magdeburg dem polnischen Staat zum Geschenk gemacht. Das Häuschen soll zerlegt und auf dem Wasserweg Elbe—Nordsee—Kieler Kanal—Ostsee—Weichsel nach Warschau gebracht werden. Das Militärblatt „Polska Zbrojna" nennt dieses Geschenk eine „ritterliche Geste der Deutschen" und spricht von der „tiefen symbolischen Bedeutung" des Magdeburger Geschenks. Die ritterlich denkenden Kreise, die hinter diesem Blatt stehen, wissen zweifellos deutsche soldatische Ritterlichkeit zu schätzen. Mit diesen Kreisen ließen sich wohl auch Fortschritte erzielen auf dem Wege der deutsch-polnischen Verständigung. Aber das deutsche Volk vernimmt zur Zeit fast nur unfreundliche polnische Stimmen und hört von dem rücksichtslosen Vernichtungskampf gegen die deutschen Volksgenossen, die ohne eigene Schuld in den polnischen Staatsgrenzen leben müssen und dort wehrlos den der Ritterlichkeit ins Gesicht schlagenden polnischen Gewaltmethoden preisgegeben sind, und wird im gegenwärtigen Zeitpunkt kein Verständnis für diese großherzige deutsche Geste, die von polnischer Seite unbeantwortet bleibt, aufzubringen vermögen.

Werden die deutschen Optanten aus Ostoberschlesien ausgewiesen?

Obwohl die deutsch-polnischen Verhandlungen über diese Frage im Gange sind und eine vertragliche Regelung, wie man meinen sollte, im beiderseitigen Interesse liegt — zumal auch in Westoberschlesien einige hundert polnische Optanten wohnen — hat Polen den deutschen Optanten Ausweisungsbefehle zugestellt, die auf 4 bis 12 Wochen, vom 15. Juli gerechnet, befristet sind. Es handelt sich um etwa 1 600 Personen, die vor 15 Jahren für Deutschland optiert und ihr loyales Verhalten Polen gegenüber schon dadurch bewiesen haben, daß Polen in einem so langen Zeitraum keinen Anlaß sah, sie auf Grund der durch die Genfer Konvention gegebenen Handhaben des Landes zu verweisen. Entsprechend diesem polnischen Verhalten hat Deutschland den polnischen Optanten in Westoberschlesien die Nachricht zugehen lassen, daß sie nach dem 1. November mit einer Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung nicht mehr werden rechnen können.

Bücher über den Osten

Geschichte der Pläne zur Teilung des alten polnischen Staates seit 1386. Teil I: Der Teilungsplan von 1392. Von Hildegard Schäder. Verlag von S. Hirzel, Leipzig 1937. Eine Tafel und zwei farbige Karten. 92 Seiten. Preis kartoniert 5,— RM., gebunden 6,50 RM. — Diese Arbeit, die als Band 5 der Schriftenreihe „Deutschland und der Osten" erschienen ist, bildet den ersten Teil einer Untersuchung, welche die durch die Jahrhunderte immer wieder auftauchenden Pläne einer Aufteilung des alten polnischen Staates behandelt. Der Teilungsplan von 1392, den die vorliegende Arbeit behandelt, ist eine geschichtlich ungemein interessante Episode. Sein geistiger Vater war in der Hauptsache Herzog Wladyslaw von Oppeln, der Ungarn und den Deutschen Orden, die beiden von dem machtpolitischen Zusammenschluß Litauens und Polens unter Jagiello unmittelbar bedrohten Staaten, zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Polen zu veranlassen versuchte. Hildegard Schäder stellt den Plan des Herzogs von Oppeln in die größeren geschichtlichen Zusammenhänge hinein. Sie erklärt ihn als den Versuch einer Fortsetzung der ein Menschenalter zuvor von Kaiser Karl IV. verfolgten großzügigen Ostpolitik. Sie stellt die in den polnischen Teilfürstentümern

wirkenden, auseinandersprengenden und die namentlich durch die Kirche vertretenen, zusammenfassenden Kräfte der „polnischen" Länder abwägend gegenüber. Im einzelnen verfolgt sie dann das Heranreifen des Teilungsplanes, zu dem schon die galizische Politik des zum König von Polen gewählten Ludwig von Ungarn den Grund gelegt hatte; die Fühlungnahme Wladyslaws von Oppeln mit dem Hochmeister Konrad von Wallenrode, den die haßerfüllte Phantasie eines Henryk Sienkiewicz in einen litauischen Verräter umgelogen hat, das gewagte und wechselvolle Spiel, das Wladyslaw gegen Jagiello, den zum König von Polen gewählten Großfürsten von Litauen, spielte und schließlich verlor. Es entwickelt sich in der Darstellung eine ungemein spannende und oft überraschende Folge von Szenen, in denen der Franke Wallenrode als kluger und weitblickender Politiker, Wladyslaw von Oppeln als unermüdlicher Zwischenträger und Sigmund von Luxemburg als schwächerer Erbe Ludwigs von Ungarn erscheinen. Daß Jagiello in diesem Spiel schließlich Sieger blieb, das war einer Reihe von Ereignissen zuzuschreiben, auf die er selber nur wenig oder gar keinen Einfluß hatte: Die gemeinsame Machtpolitik der Luxemburger zerbrach im Familienstreit; Ungarns Stellung geriet durch den Vormarsch der Türken ins Wanken; Konrad von Wallenrode starb und sein Nachfolger, Ulrich von Jungingen, ging auf die Teilungspläne, die auch an ihn herangetragen wurden, nicht ein; und endlich gelang es Jagiello, nach dem unerwarteten Tode seines Bruders Wigunt Alexander, der mit einer Tochter des Herzogs von Oppeln vermählt war, die Ansprüche des gefährlichen Witold zufrieden zu stellen und diesen von seinem Bündnis mit dem Deutschen Orden abzubringen. Der Teilungsplan war nicht so aussichtslos, wie man anzunehmen geneigt ist, wenn man nur an die Schlacht von Tannenberg denkt, die 18 Jahre später folgte. Dr. K.

Die Anfänge des Bistums Posen und die Reihe seiner Bischöfe von 968 bis 1498. Von Gerhard Sappok. Verlag von S. Hirzel, Leipzig 1937. 154 Seiten. Preis kartoniert 5,— RM., gebunden 6,50 RM. — Die Arbeit, die als Band 6 der Schriftenreihe „Deutschland und der Osten" erschienen ist, zerfällt in zwei Teile. Im ersten Teil setzt sich der Verfasser in kritischer Form mit der umfangreichen Literatur auseinander, die sich mit der Frage des deutschen Einflusses auf die Gründung des Bistums Posen befaßt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Otto I. bei der Gründung des Posener Bistums eine maßgebende Rolle gespielt haben muß, da ja Mieszko mit seinem Lande „bis zur Warthe", also einschließlich Posens, dem deutschen König tributpflichtig war, und daß Posen in der damaligen Zeit als Suffraganbistum von Magdeburg angesehen werden muß. Im zweiten Teil wird zum ersten Mal für ein polnisches Bistum der Versuch unternommen, eine nach Möglichkeit lückenlose Liste der älteren Bischöfe zu geben und alle erreichbaren Nachrichten über deren nationale und soziale Herkunft, Bildungsstand und politische Beziehungen zusammenzutragen. Das Ergebnis der Untersuchung ist u. a., daß unter den Posener Bischöfen bis ins 12. Jahrhundert hinein das deutsche Element vorherrschend war und daß insbesondere die beiden ersten Bischöfe, Jordan und Unger, Deutsche waren. Wieder werden hier, wie in jeder der Arbeiten dieser wertvollen Schriftenreihe, einige Thesen der polnischen Wissenschaft, die die Bedeutung des Deutschtums für die polnische Frühgeschichte zu leugnen versuchten, richtig gestellt. Dr. K.

Die Oder. Herausgegeben vom Verein zur Wahrung der Oderschiffahrtsinteressen in Gemeinschaft mit dem Landesfremdenverkehrsverband Schlesien. Wilh. Gottl. Korn Verlag, Breslau 1937. 48 Seiten auf Bütten, Großquart mit 17 Tiefdrucktafeln, 5 vielfarbigen Bildern und 2 farbigen Karten. Preis 3,— RM. — Es ist ein zwar wenig umfangreiches, aber eindrucksvolles Bildwerk, das die genannten Herausgeber vorgelegt haben. Der Text, der jeweils eine gegenüberstehende Bildseite begleitet, tritt zunächst völlig hinter den ausgezeichneten Kupfertiefdrucken und Gemäldereproduktionen zurück. Es sind Bilder, die die Oderlandschaften, Oderstädte und Oderhäfen darstellen, und zwar Landschaften bei Ratibor, Lebus, Glogau, Frankfurt usw., Städte wie Breslau und Oppeln, die Häfen von Breslau und Stettin. Im Bilde erscheinen weiter die großen technischen Bauten des Oderstromes und seiner Zuflüsse, das Schiffshebewerk Niederfinow, die Staubecken von Turawa und Ottmachau, das Wehr bei Rasern, der Adolf-Hitlerkanal usf. Die Texte, von guten Sachkennern geschrieben, behandeln die Oder als politischen und wirtschaftlichen Faktor, ihre Verkehrsbedeutung, ihre wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, ihren landschaftsbildenden Charakter. Das Heft ist eine ebenso sachliche wie künstlerische Werbung für die Oder, Ostdeutschlands bisher noch viel zu wenig bekannten Strom. Die einzelnen Blätter sind mit Seidenkordel in einen Umschlag geheftet, so daß sie leicht herausgenommen und (in Rahmen) als Bildschmuck benutzt werden können. Dr. K.

Friedrich der Große und Schlesien. Von Klemens Lorenz. Heft 2 der „Schlesienbändchen". Verlag Flemming, Breslau/Deutsch-Lissa 1936. 48 Seiten und 8 Bildtafeln. — Friedrich der Große hat die Schlesier zu Preußen gemacht; und kaum in einem anderen Teile Deutschlands ist die Gestalt des Königs so sehr im Volksbewußtsein verwurzelt wie gerade in diesem Lande, das in mehreren schweren Kriegen für den Staat gewonnen werden mußte. Das vorliegende Bändchen zeigt Friedrich den Großen, wie er mit den politischen Widerständen, die ihm in Schlesien zunächst entgegentraten, fertig zu werden verstand, wie er die Wunden des Krieges heilte, sich um das Los der Bauern bemühte, für die Hebung der Landwirtschaft sorgte, der Industrie entscheidenden Auftrieb gab, den schlesischen

Handel zu beleben versuchte, auf die Förderung des Bildungswesens bedacht war, wie er sich um alles und um jeden kümmerte und schließlich als der „Alte Fritz" in die Herzen der Schlesier einging. Die Schrift verschweigt auch nicht das, was der König nicht zu erreichen vermochte und was sich an seinen wirtschaftlichen Bemühungen später als falsch angelegt herausgestellt hat. Sie verschweigt auch nicht, daß Friedrich seinen Schlesiern kein weicher und gefälliger Herrscher war, sondern daß er sie, wo es das Wohl des Staates verlangte, hart und schwer anzufassen verstand. Daß er dabei aber immer gerecht blieb, daß er die härtesten Forderungen immer zunächst an sich selber stellte, daß er für jeden erreichbar war, daß er denen, die dem Staat gedient hatten, vor allem seinen Soldaten, die Treue hielt, daß er großzügig gab, wo Not herrschte, daß er Schlesien liebte, das haben ihm die Schlesier mit einer Treue und Liebe vergolten, die noch heute in unzähligen und immer wieder neu sich formenden Anekdoten ihren sprechenden Ausdruck findet. Dr. K.

Reichsehrenmal Tannenberg. Von Generalmajor a. D. Hans Kahns. Mit 25 Abbildungen. Verlag Gräfe und Unzer, Königsberg/Preußen 1937. 36 Seiten. — Dem Bildteil sind einige kurze Skizzierungen der Schlacht bei Tannenberg und ein knapper Bericht über die Entstehung des Ehrenmals vorangestellt. Der Bildteil enthält Aufnahmen von den Brennpunkten der Schlacht und Einzelaufnahmen vom Reichsehrenmal. Es ist die erste Bilddarstellung, die das Ehrenmal in seiner heutigen, durch die Beisetzung Hindenburgs teilweise veränderten Gestalt wiedergibt. Eine Kartenskizze veranschaulicht die noch in der Ausführung begriffene Landschaftsgestaltung in der Umgebung des Ehrenmals. Dr. K.

Südosteuropa und das Erbe der Donaumonarchie. Von Hans Hummel. Heft 4 der Reihe „Macht und Erde". Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1937. 64 Seiten mit 7 Kartenskizzen. Preis broschiert 1,40 RM. — Die Schrift gibt zunächst einen geographischen Grundriß Südosteuropas und einen geschichtlichen Ueberblick über die Wanderungs- und Siedlungsbewegung sowie das Werden und Vergehen der Staaten in diesem Raum. Dann behandelt sie die staatliche Aufgliederung Südosteuropas nach dem Weltkrieg, die volkspolitischen Spannungen, die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Verhältnisse, die inneren und äußeren Bündnissysteme dieses Raumes usw. In ihrer Grundhaltung ist die Arbeit abzulehnen. Sie versucht nicht nur, Südosteuropa als einen Großraum darzustellen, dem eine eigene wirtschaftliche und politische Gesetzlichkeit zukommt, sondern bemüht sich auch, Deutsch-Oesterreich als einen Staat erscheinen zu lassen, der, geopolitisch angeblich vom Deutschen Reiche geschieden, einen Teil dieses „südosteuropäischen Großraumes" bildet. In dieser Hinsicht macht sich die Schrift unbemerkt die Thesen der französisch-tschechischen Donauideologien zu eigen. Sie übersieht geflissentlich, daß Oesterreich seine Berufung im südöstlichen Europa politisch und wirtschaftlich nur dann zu erfüllen vermag, wenn es seinen Vorstoß dorthin aus der räumlichen Tiefe und der völkischen Kraft Gesamtdeutschlands heraus führen kann. Weder völkisch, noch wirtschaftlich läßt sich die Herausnahme Oesterreichs aus der deutschen Mitte Europas und seine Zuweisung an einen, nur als Ideologie vorhandenen „südosteuropäischen Großraum" begründen. Vor allem aber läßt sich eine solche Konstruktion, die die Tatsache der großdeutschen Gegenwart zugunsten einer Habsburgischen Vergangenheit leugnen, politisch nicht aufrechterhalten. Die gelegentlichen Hinweise des Verfassers auf die Unentbehrlichkeit des Deutschen Reiches als eines wirtschaftlichen Partners der südosteuropäischen Länder können an dem Urteil nichts ändern, daß die Schrift Plänen entgegenkommt, wie sie von Herriot, Tardieu, Benesch und anderen deutschfeindlichen Politikern verkündet und verfolgt worden sind, und denen allen das eine gemeinsam ist, daß sie, unter Leugnung der großdeutschen Berufung Oesterreichs, die südosteuropäischen Länder als Gesamtheit gegen das Deutsche Reich auszuspielen versuchen. Die wirtschaftliche Beweisführung des Verfassers ist rein rechnerischer Natur und entbehrt der wirtschaftspolitischen Basis. Seine Bewertung der italienischen Südostpolitik ist naiv. Eine Bemerkung, die er gelegentlich über den Föderalismus in Rumänien macht, widerspricht dem, was Höpker in seiner wertvollen Arbeit „Rumänien" überzeugend dargelegt hat. Die Charakteristik der rumänischen Außenpolitik ist überholt usf. Für die deutsche außenpolitische Literatur ist die Schrift kein Gewinn. Es ist ihr keine Verbreitung zu wünschen. Dr. K.

EINLADUNG! Am Mittwoch, dem 15. Septbr. 1937, 12 Uhr, findet in Berlin W 9, Potsdamer Str. 3 eine

Außerordentl. Generalversammlung

unserer Genossenschaft statt, zu der die Mitglieder hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung: 1. Aenderung des § 17 Abs. 3 d. Satzg. * 2. Erweiterung des § 2 d. Satzg. * 3. Verschiedenes

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft Ostmark e.G.m.b.H.

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstr. 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau, Illstr. 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Berlin W 15. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — Z. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.